

Übersichtskarte zum Balkankrieg.



Weise von den österreichischen Staatsbürgern aus gesagt worden. Die in russischen Blättern gemeldete gleichlautende Erklärung Skalonows im Ministerrate sagt daher in dieser Richtung nichts Neues. Auch in den an die Slawen-Gemeinschaft des russischen Volkes gerichteten Ansprüchen des bulgarischen Kriegsministers wird König Ferdinand in der offiziellen russischen Politik keinen Umwegen erreichen. Diese ist zurzeit ausdrücklich von dem ausgeprochenen Unwillen über das freie Spiel beherrscht, das sich die kleinen Balkanstaaten erlaubt haben, indem sie sicher zu sein glaubten, gerade durch den mächtigen Schutz Russlands gegen alle übeln Folgen ihres Tuns gesichert zu sein. Europa ist sich heute bewusst, daß es dem vorsogenen Vorgehen der kleinen Friedensstöre am Balkan bis zu einem gewissen Grade die wiedergewonnene Einmütigkeit zu danken hat, deren Zeichen wie ein Blitz die Unruhe beseitigt hat, der das Schiff entzündete, das den europäischen Frieden trug. Die europäische Macht, die, was man auch darüber sagen und schreiben möge, die Erhaltung des Friedens als eine heilige Pflicht gegen ihre Völker betrachten und mit starkem Willen anstreben, sind noch sehr unermüdlich an dem Plan der Schwabebewegungen, die jedes Überreichen der Kriegsgefahr unmöglich machen sollen. Die Regierungen des Balkanbundes werden sich in ihrer Rechnung geirrt haben, wenn sie darin einen Weltbrand eingeschaut haben, an dem sie ihr Süppchen kochen wollen.

Über die Einnahme von Mustapha-Pascha

wird weiter gemeldet: Die Bulgaren befieheln nach kurzem Kampf Kurkale vor Mustapha-Pascha, das von den Türken geräumt wurde. Diese ließen viele Tote zurück. Die Bulgaren zogen in Mustapha-Pascha ein und wurden von der Bevölkerung sehr feindselig begrüßt. Eine Abteilung von 170 türkischen Kavalleristen wurde gefangen nach Jambol gebracht und soll später nach Siliven geschickt werden. Vierzehn bulgarische Soldaten, die Verwundungen erhalten hatten, wurden auf dem Schlachtfelde vom Kronprinzen Boris persönlich mit der Tapferkeitsmedaille dekoriert. Die aus dem serbischen Hauptquartier eingetroffenen Nachrichten lauten gleichfalls günstig. Danach sollen die Serben bereits Dschumja-Bala erobert haben und vor Prilejina stehen.

Bulgarische Freiwillige.

Das bulgarische Regierungsorgan „Mir“ meldet, daß gegenwärtig in London Freiwillige für den Eintritt in die bulgarische Armee durch das Londoner Balkan-Komitee angeworben werden und sich angeblich in großer Zahl melden.

König Peter frank?

Aus Belgrader Kreisen verlautet, daß die Arzte hier gegen die Reise des Königs ins Hauptquartier ausgesprochen haben, da der schwankende Gesundheitszustand dem Könige frühere Schonung aufzwingt. Bei seiner Abreise sei die müde Haltung des Königs auf.

Kampf zwischen Türken und Serben.

Bei Prepol in der Nähe von Prilejina griff die vorliegende türkische Flottille drei serbische Bataillone an, von denen eins dezimiert sein soll.

Noch eine Taizennachricht.

In Belgrad wird verbreitet, die türkischen Verbände hätten in der Nähe der serbischen Grenze eine 200köpfige Bande aus Missetätern und Straftätern organisiert mit der Aufgabe, die Grenzorte einzusäufen und zu zerstören. Die Banditen hätten sechs Einwohner eines Dörfes, darunter den Pfarrer und zwei seiner Neffen, getötet. Die Dorfbewohner hätten sich darauf mit Haken und Heugabeln bewaffnet und, unterstützt von den Bewohnern eines Nachbarortes, die Räuber vertrieben, von denen fünfzehn getötet worden seien.

Der griechische Generalstab.

Ein Berichterstatter der „Daily Mail“ telegraphiert über Larissa, daß der griechische Generalstab sich nach Thessaloniki begeben habe. Dort suchte eine Flugmaschine die türkischen Stellungen anzugründen, kam aber mit der Meldung zurück, daß weit und breit keine feindlichen Truppenmassen zu sehen seien.

Einmarsch der Griechen in Glassona.

Noch im Laufe des gestrigen Tages wurde der Einmarsch griechischer Truppen in Glassona erwartet, wo sich nur eine schwache türkische Abteilung befindet. Nach der Einnahme von Glassona rechnet man auf den ersten schweren Zusammenstoß bei dem gut besetzten Potras-Potras, wo, wie man annimmt, etwa 30.000 Türken sich befinden. Die Schlacht wird für die ersten Tage der nächsten Woche erwartet. Die griechischen Befehle in der Türkei verlassen ihre Posten.

Griechische Blockade.

Die griechische Regierung verhängte die Blockade über Preveza und den benachbarten Küstenstrich am Eingang des Golfs von Arta auf der Südseite der Ionischen Küste der Türkei.

Die antiherrschaftlichen Ausgebungen in Wien.
Wien. (Priv.-Tel.) Aus Kiew wird gemeldet, daß der dortige österreichisch-ungarische Konsul aus panslawistischen Kreisen einen Drucksbrief erhielt, wonin ihm angekündigt wird, daß er in den nächsten Tagen auf offener Straße erschossen werden würde. Bekanntlich fanden am verlassenen Mittwoch große Kundgebungen gegen Österreich-Ungarn vor dem Konsulatgebäude in Kiew statt.

Drahtmeldungen

vom 19. Oktober.

Zum Petroleum-Reichsmonopol.

Berlin. Die „Nord-Amer.-Sta.“ möchte zur Veröffentlichung des von der Reichsleitung beabsichtigten Vorhabens zur Befreiung des deutschen Reichshandels von der Übermacht der Standard-Oil-Company längere Ausführungen, um einige bevorzugte Linieneinfahrten aufzulären. Sie wendet sich gegen das Ölverhandlung, als wolle die Regierung von dem Beau amerikanischen Reichsöls als solchen Abstand nehmen. Ganz im Gegenteil wird beabsichtigt, ohne übrigens die Standard-Oil-Company auszuschließen, auch solche amerikanische Produzenten an der Deckung des Bedarfs zu beteiligen, die bisher von der Standard-Oil-Company verhindert worden sind. Es sei bereits mit unabkömmlichen amerikanischen Produzenten ein für mehrere Jahre laufender Lieferungsvertrag unter der Bedingung des Aufstandekommens des Gesetzes geschlossen worden. Die Besitzungen der amerikanischen Presse, als wenn sich die Maßnahme gegen den amerikanischen Handel richtete, sei schon durchweg unbegründet. Der Einwand, daß die geplanten großen Aktionen von der Regierung angesteuert einzelner Banken eingeleitet sei, bedürfe als nicht ernsthaft seiner Erwiderung. Die Bedenken, daß sich später bei der Geschäftsführung Sonderinteressen der beteiligten Banken durchsetzen könnten, wird die demokratische Vereinigung der bestimmen über die Rechtsansprüche und die vorläufig geschlossenen Verträge auseinander. Der Streit zwischen den beiden interessierten großen Bankengruppen sei, wenn auch aus dem seit sieben Jahren im Petroleumgeschäft bestehenden Interessengemisch zu erklären, doch der Sachen wegen zu bedauern. Die Reichsleitung würde es schon deshalb im nationalen Interesse für erwünschter halten, wenn dieser Gegenseitigkeit sich noch in leichter Stunde ausgleichen ließe. Natürlich werde aber das das gegebene Recht durch die hierdurch nicht übertragen. Insbesondere sei die Ausbringung des notwendigen Kapitals in jedem Falle gesichert. Hinsichtlich der künftigen Preisgestaltung habe der Plan der Regierung, nur den Großhandel in die Betriebsgesellschaft einzubeziehen, den Kleinhandlern dagegen Bewegungsfreiheit zu lassen, im allgemeinen Billigung gefunden. Ueber die Durchführung der beabsichtigten Gewinnbegrenzung der Gesellschaft seien dagegen Zweifel entstanden. Es würde namentlich unmöglich sein, bei einer ausschließlich vom Auslande bezogenen Ware bestimmte Verkaufspreise vorzuschreiben, da diese sich nach dem Einfuhrpreise richten müßten. Es sollte darum statt dessen für jeden einzelnen Literpreis im Durchschnitt des Jahres das Maximum des Gewinnes vorgeschrieben werden, den die Gesellschaft erzielen darf. Sichem die Preise hoch, darf sie nicht mehr als die landesübliche Vergütung verdienen, und das Reich scheidet mit seinem Gewinnanteil aus. Sind die Preise dagegen niedrig, so erhöht sich der zulässige Gewinn der Gesellschaft und der Gewinn des Reiches. Die Mehrgewinne, die die Gesellschaft tatsächlich über den bei einem Literpreis zulässigen Verdienst hinaus erzielt hat, sollen zunächst einem Preisausgleichsfonds aufgeladen, der für den Fall hoher Einkaufspreise der Gesellschaft eine Reserve bilden soll. Hat der Fonds aber eine bestimmte Höhe erreicht, so ist die Gesellschaft durch das Gesetz verpflichtet, die Mehrerträge zur Deckung des Literpreises im nächsten Jahre zu verwenden. Die von Gegeninteressenten verbreitete Behauptung, die Regierung rechte mit einem Detailpreise von 21 Pf. für das Liter Benzöl, beruht selbstverständlich auf Erfahrung. Die Verwendung etwaiger Gewinne des Reiches zu sozialpolitischen Aufgaben hat allgemein Anfang gefunden. Die in dieser Hinsicht beabsichtigte gesetzgeberische Maßnahme werde den Reichstag angleich mit dem Mineralölgesetzentwurf beschäftigen.

Das Urteil im Landesverratsprozeß Thébaud und Geissler.

Paris. Im Landesverratsprozeß fällt das Reichsgericht heute nach vierjähriger Verhandlung das Urteil. Die Angeklagten Thébaud und Banchelin wurden wegen Verbrechens gegen § 1 des Spionagegesetzes verurteilt, und zwar Thébaud zu 8 Jahren und Banchelin zu 8 Jahren Haftzettel. Der Angeklagte Berger erhielt 6 Jahre Haftzettel wegen Verbrechens gegen § 3 des Spionagegesetzes. Allen drei Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt. Das Reichsgericht führt in der Urteilsbegründung aus, daß die Hauptverhandlung eine erdrückende Belastung der Angeklagten ergeben habe, obwohl der Beweis hauptsächlich ein Andizienbeweis sei. Thébaud habe nach seiner Entlassung als Depotarbeiter im Jahre 1908 nach seinem teilweisen Verständnis mit dem französischen Nachrichtenbüro in Verbindung gestanden und Einzelheiten über die Befestigungsarbeiten von Met verraten. Banchelin sei Befestigungsingenieur und später Postbote der Festung gewesen vom Januar bis Dezember 1910. Als solcher habe er Festungspläne und Wichtausen von Plänen sich zu verschaffen gewußt und die Gelegenheit benutzt, sie zu verwenden. Nachgewiesenermaßen sei er häufig nach Frankreich gereist und habe trotz seiner spärlichen Einnahme auf großem Fuß gelebt. Es wird angenommen, daß er als befehlter Spion des französischen Nachrichtendienstes fungiert hat. Der Fortifikationschreiber Berger habe ebenfalls Gelegenheit gehabt, sich Pläne zu verschaffen, und Gelegenheit genutzt, diese zu verwenden. Alle drei Angeklagten seien der vollendeten Spionage schuldig. Ein Milderungsgrund sei nicht vorhanden, da sie sich selbst auf Spionage abdrängt und lediglich aus Gewinnsucht gehandelt hätten. Erwähnenswert kommt in Beiracht, daß sie die Spionage bei einer für das Reich besonders wichtigen Festung, nämlich der Festung, für das französische Nachrichtenbüro ausgespielt hätten.

Der Kaiser in Wilhelmshaven.

Bremen. Der Kaiser traf, im Sonderzug von Hamburg kommend, Punkt 8 Uhr auf dem besseren Bahnhof ein. Ein offizieller Empfang war nicht vorbereitet. Vor dem Bahnhofsgebäude hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die den Kaiser mit lebhaften Ovationen begrüßte. Der Kaiser begleitete seinen Gefolge die vor dem Portal haltenden kaiserlichen Automobile und trat sofort die Weiterreise nach Wilhelmshaven an, wo er nachmittags gegen 4 Uhr eintraf.

Wiederbeginn der preußischen Landtagsverhandlungen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das preußische Abgeordnetenhaus nimmt am Dienstag seine Arbeiten wieder auf. Die Interpellation Friedberg-Schiffer soll am Donnerstag auf die Tagesordnung gelegt werden. Ihre Besprechung dürfte zwei Tage in Anspruch nehmen. Auf der Tagesordnung steht am Dienstag jedoch zahlreiche Petitionen, darunter eine Reihe solcher, die das Frauenwahlrecht für die Kommunen fordern. Wenn die Präsidientenwahl stattfindet, wird lediglich von der konservativen Fraktion abhängen, die sich jedenfalls gleich bei ihrem Wiederzusammentritt endgültig über den kommenden Mann schließen machen wird.